

München, 21.10.2014

## Mehr Mitarbeiter für bayerische Unis: SPD fordert 1000 Personalstellen zusätzlich (MIT O-TÖNEN)

**Hochschulsprecherin Isabell Zacharias: Zu viele befristete Beschäftigungsverhältnisse ohne Perspektiven – Hochschulpolitiker Georg Rosenthal: Stellen für studentische Hilfskräfte trotz Mindestlohn beibehalten - Staatsregierung muss Kürzungen für Studentenwohnungen zurücknehmen**

Die SPD-Landtagsfraktion fordert Verbesserungen für Beschäftigte an bayerischen Hochschulen und die Rücknahme der Kürzungen der Mittel für Wohnraum für Studierende durch die Staatsregierung. „Die Zahl der Studierenden ist in den letzten Jahren schnell gewachsen, die zur Verfügung stehenden Gelder wurden nicht entsprechend erhöht. Auch die Bologna-Reform hat viele Kostensteigerungen verursacht, die im Staatshaushalt ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt sind“, sagte die SPD-Hochschulsprecherin **Isabell Zacharias** bei einer Presskonferenz im Bayerischen Landtag in München. Die SPD-Landtagsfraktion will daher die Erhöhung der Personalbudgets für die bayerischen Unis und die Einstellung von 1000 zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeitern erreichen. Die Hauptlast in Lehre und Forschung an den Hochschulen werde heute von befristeten Teilzeitkräften oder Honorarkräften getragen, deren Arbeits- und Karriereperspektiven unsicher und nicht planbar seien. 83 Prozent der ca. 23.000 wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seien befristet beschäftigt, so die Münchner Abgeordnete.

Zu Beginn des Wintersemesters war besonders auch die Wohnsituation der Studierenden problematisch: Die Mieten erreichten laut einer aktuellen Studie auf dem freien Markt mit 18,30 Euro pro Quadratmeter in München und 13,10 Euro in Regensburg neue Spitzenwerte. **Isabell Zacharias**: „Ich verstehe nicht, warum der Freistaat die Ausgaben für Studentenwohnungen im aktuellen Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/16 tatsächlich um fünf Millionen Euro pro Jahr kürzt.“ **Zacharias** fordert die Staatsregierung auf, die Kürzungen zurückzunehmen und zusätzlich 1000 neue Wohnplätze zu schaffen.

Auch die Einführung des ab 2015 zu erfüllenden Mindestlohngesetzes berührt die wissenschaftliche Arbeit, denn die Mehrkosten sind im Haushalt nicht berücksichtigt. Viele Universitäten haben daher die Verträge der studentischen Hilfskräfte bis Ende 2014 befristet. Ein bedenkliches Zeichen für den SPD-Hochschulpolitiker **Georg Rosenthal**: „Wenn die Staatsregierung riskiert, dass Stellen für studentische Hilfskräfte an den Universitäten wegfallen, leidet der gesamte Hochschulstandort Bayern darunter. Denn Professoren und Dozenten müssen in diesem Fall noch mehr Aufgaben übernehmen und haben

weniger Zeit für ihre eigentliche Arbeit. Wir verlangen im Übrigen, dass auch der Geist des Bundesmindestlohngesetzes in Bayern erfüllt wird und die Umsetzung nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Rosenthal setzt sich auch für eine Verbesserung der Arbeitssituation an den bayerischen Hochschulen insgesamt ein: „Eine wissenschaftliche Karriere muss Perspektiven bieten und darf keine Sackgasse sein“, sagte der Hochschulpolitiker mit Blick auf die Befristung der meisten Stellen.

Einen O-Ton zum Download von Isabell Zacharias (Studentenwohnraum und Forderungen) finden Sie [hier](#)

Einen O-Ton zum Download von Georg Rosenthal (Auswirkungen Mindestlohn) finden Sie [hier](#)



[Download: Foto in hoher Auflösung](#) (Abdruck bei Quellennennung kostenfrei)